

## **Demokratisierung in der internationalen Reformära. Inklusion und Exklusion im Kaiserreich**

Hedwig Richter, Universität der Bundeswehr München

In der dynamischen Zeit des Kaiserreichs, in der sich die Gesellschaft, die Ökonomie, die Kunst, die Wissenschaft oder auch die Theologie in extrem schnellem Tempo änderten, wurden wesentliche Grundlagen der Demokratie gelegt. Dieser keineswegs neue Gedanke ist meine These. Wesentlich dafür war die Inklusion eines Großteils der Bevölkerung. Die „soziale Frage“ galt als das drängende Problem der Zeit, und die Menschen auch der unteren Schichten sollten nicht länger entmündigt und im Elend leben. Um diese Inklusion zu bewerkstelligen, wurden auf allen Ebenen und in allen Bereichen Reformen durchgeführt. Reformen – verstanden als planvolle, friedliche Umgestaltung des Bestehenden in einen besseren Zustand – wurden so zum Signum des Kaiserreichs. Doch die Inklusionsrevolution (Rudolf Stichweh) befeuerte die Exklusion – so meine zweite These.

Die Diskussion, ob es sich bei der international zu beobachtenden „Fundamentaldemokratisierung“ (Karl Mannheim)<sup>1</sup> seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts im Fall des Kaiserreichs um einen Prozess der Parlamentarisierung und Liberalisierung handelte, wie etwa Werner Frauendienst oder Manfred Rauh nahelegen, oder um „pseudo-demokratische“ Entwicklungen, so beispielsweise Hans Rosenberg, ist alt. Vermutlich lässt sich weder die eine noch die andere Position final empirisch belegen, zumal die Jahrzehnte um 1900 von extremen Spannungen geprägt waren.<sup>2</sup> Seit der Verabschiedung der Sonderwegthese in den 1980er Jahren<sup>3</sup> und seit Forschungen zur politischen Kultur wie Margaret Andersons „Lehrjahre der Demokratie“, lässt sich freilich das Bild eines rein autoritären Kaiserreichs kaum aufrecht halten. Dass das Kaiserreich bei aller Dynamik autoritäre und repressive Züge trug, ist gleichwohl unstrittig. Kurz: Ist nicht alles längst vielfach gesagt?

Ich denke, der internationale Horizont, der seit einiger Zeit auch durch die Globalgeschichte aufgezeigt wurde, kann weitere Aspekte hinzufügen: Denn sowohl die liberalisierenden als auch die reaktionären Tendenzen lassen sich als nationale Phänomene nur unzureichend analysieren. Gerade die Reformen waren ein globales Phänomen mit einem intensiven transnationalen Austausch, egal ob es um die Frauenbewegung ging, soziale Reformen oder den Städtebau.<sup>4</sup>

Im Folgenden will ich zunächst auf die staatsrechtlichen Grundlagen der Massenpolitisierung eingehen. Dann will ich auf zwei Charakteristika dieser Politisierung aufmerksam machen: zum einen ihre Beförderung von oben und zum anderen den starken Backlash. In einem letzten Teil will ich auf weitere Reformen und Aufbrüche hinweisen, die den Inklusionsprozess begleiteten, aus ihm hervorrangen oder ihn beförderten.

### Staatsrechtliche Grundlagen der Massenpolitisierung

Die Gründung des ersten deutschen Nationalstaats 1867/71 fiel in einen Zeitraum, in dem sich innerhalb von wenigen Jahren im ganzen nordatlantischen Raum Verfassungen liberalisierten oder etablierten und partizipative Rechte ausgeweitet wurden. Das war einer der bedeutendsten und doch wohl am wenigsten beachteten internationalen Demokratisierungsschübe. Großbritannien verdoppelte 1867 durch den „Reform Act“ die Zahl der Wahlberechtigten, Frankreich errichtete

---

<sup>1</sup> Karl Mannheim: *Mensch und Gesellschaft im Zeitalter des Umbaus*. Leiden 1935, S. 18; Werner Frauendienst, *Demokratisierung des deutschen Konstitutionalismus in der Zeit Wilhelms II*, in: *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft* 113 (1957), S. 721-746.

<sup>2</sup> Manfred Rauh, *Die Parlamentarisierung des Deutschen Reichs*. Düsseldorf 1977; Hans Rosenberg: *Die Pseudodemokratisierung der Rittergutsbesitzerklasse* (1957). In: Hans Rosenberg: *Machteliten und Wirtschaftskonjunkturen. Studien zur neueren deutschen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte*. Göttingen 1978, S. 83-101.

<sup>3</sup> Blackbourn, David/Geoff Eley: *Mythen deutscher Geschichtsschreibung. Die gescheiterte bürgerliche Revolution von 1848*, Frankfurt/New York 1980.

<sup>4</sup> Daniel T. Rodgers: *Atlantic Crossings. Social Politics in a Progressive Age*. New York 2000.

die Dritte Republik. In Schweden, Belgien, den Niederlanden, Norwegen, Österreich und Ungarn, Serbien oder Luxemburg vergrößerten Reformen das Wahlvolk oder stärkten den Parlamentarismus. Die Deutschen führten 1867 im Norddeutschen Bund ein allgemeines und gleiches Männerwahlrecht ein, das 1871 für das Deutsche Reich bestätigt wurde. In den Vereinigten Staaten von Amerika garantierten die 13., 14. und 15. Verfassungszusätze bis 1870 auch den afroamerikanischen Männern das volle Bürgerrecht, so dass auch hier – wenig später als in Deutschland – de facto das *universal suffrage* eingeführt wurde.

Für das Kaiserreich war allein die Tatsache, dass es selbstverständlich auf einer Verfassung gründete, bemerkenswert. Noch der Vorgänger Kaiser Wilhelms I. auf dem preußischen Thron, Friedrich Wilhelm IV. hatte eine Verfassung vehement abgelehnt und dann nur widerwillig 1849 zugelassen. Die Verfassung des Kaiserreichs wurde übrigens, anders als zuweilen behauptet, intensiv im Parlament, dem Reichstag des Norddeutschen Bundes, diskutiert und dort auch verabschiedet, bevor sie mit ihrem Inkrafttreten am 1. Januar 1871 das Deutsche Reich begründete. Da das Parlament mit einem allgemeinen und gleichem Männerwahlrecht gewählt worden war, erwies sich die Verfassung – die doch eigentlich die Macht des Parlaments stark beschränken wollte –, auch als ein Effekt der Volkssouveränität. Nicht der 18. Januar begründete also das Kaiserreich, wie das Propaganda-Gemälde von Anton von Werner über die Kaiserproklamation im Spiegelsaal in Versailles nahelegt, nicht die Männergesellschaft in Uniform, sondern die Verfassung.

### Ein internationales Phänomen: Revolution von oben

Diese staatsrechtlichen Demokratisierungen hatten sich interessanterweise fast immer dem Reformwillen der Regierenden zu verdanken, waren also „von oben“ installiert. Wie stark die Wahlrechtserweiterungen etwa in Großbritannien oder Deutschland von regierenden Eliten dirigiert waren, ist bekannt.<sup>5</sup>

Die USA sind ein weiteres Beispiel dafür. Nur mit Gewalt gelang es dort den regierenden „radikalen“ Demokraten in Washington das *universal suffrage* durchzusetzen. Denn der Bürgerkrieg (1861-1865) hatte zwar die Sklaverei beendet, aber nicht die politische Gleichstellung der afroamerikanischen Bevölkerung mit sich gebracht. Die Südstaaten sorgten nach dem Krieg für eine rechtliche Gleichstellung der armen weißen Landbevölkerung, die etwa in South Carolina weit von einer politischen Gleichberechtigung entfernt gewesen war. Aber der Ausschluss der befreiten afroamerikanischen Bevölkerung blieb weiterhin selbstverständlich. In den Nordstaaten, wo nach dem Bürgerkrieg teilweise Referenden abgehalten wurden, lehnten die weißen Wähler die Wahlberechtigung der Afroamerikaner ab. Erst die republikanischen Reformer sorgten durch Verfassungszusätze und ihre militärische Durchsetzung für Gleichstellung. Sie besetzten von Washington aus zehn der ehemaligen Konföderierten Staaten mit Truppen, stellten sie unter Militärverwaltung und setzten mit Hilfe der Militäradministration ab 1867 Wahlen durch, in denen Schwarze erstmals grundsätzlich wahlberechtigt waren.<sup>6</sup>

### Backlash gegen die Demokratie

Doch der Backlash war gewaltig. Nicht nur der Ku-Klux-Klan begann mit seinem Gegenterror. Überall wehrten sich die Weißen gegen die Gleichheit der Schwarzen. 1877 wurden die Truppen wieder abgezogen – als Gegenleistung für den Sieg des republikanischen Präsidentschaftskandidaten Hayes, weil sich das Electoral College nicht einigen konnte: der berüchtigte *Compromise of 1877*. Sobald keine militärische Gewalt mehr drohte, wurden die Schwarzen nach und nach von der Urne

<sup>5</sup> Andreas Biefang: Die andere Seite der Macht. Reichstag und Öffentlichkeit im „System Bismarck“ 1871-1890, Düsseldorf 2009, S. 45-47 et passim; Getrude Himmelfarb: The Politics of Democracy: the English Reform Act of 1867, in: Journal of British Studies 6/1 (1966), 97-138; Ute Daniel, Postheroische Demokratieggeschichte. Hamburg 2020; Hedwig Richter, Moderne Wahlen. Hamburg 2017, S. 330-346.

<sup>6</sup> Foner, Eric: Forever Free. The Story of Emancipation and Reconstruction, New York 2006.

verdrängt, bis sie um 1890 erneut weitgehend ausgeschlossen waren. Die Südstaaten errichteten daraufhin mit der *Democratic Party* eine Einparteienherrschaft, schalteten also das für Demokratien zentrale Element des Wettbewerbs aus; über zahlreiche verfassungsrechtliche Mechanismen gelang es den Südstaatlern zudem, ihren Einfluss in Washington und die Entrechtung der Schwarzen abzusichern.<sup>7</sup>

Der Backlash ging noch tiefer. Das eng mit Vorstellungen von weißer Männlichkeit verbundene demokratische Selbstverständnis (des freien, waffentragenden protestantischen Mannes) war durch die schwarzen Wähler in seinen Grundfesten erschüttert worden. Die Erschütterung ließ den Glauben an die Demokratie erodieren. Weiße und oft auch wohlhabende Männer bemühten sich um einen Verfassungszusatz zur Abschaffung des *universal suffrage* und um mehr Rechte für Besitzende.<sup>8</sup> Immer wieder erklärten die Gerichte die Verfassungsmäßigkeit von Steuer- oder Besitzqualifikationen für das Wahlrecht, das in jedem Staat eigenständig gestaltet wurde.<sup>9</sup> „Universal Suffrage can only mean in plain English the government of ignorance and vice“, erklärte 1869 ein Patrizier aus Boston.<sup>10</sup> Und die *Atlantic Monthly* schrieb 1879: „Thirty or forty years ago it was considered the rankest heresy to doubt that a government based on universal suffrage was the wisest and best that could be devised. [...] Such is not now the case.“<sup>11</sup> Überall fragten Amerikaner nach einem „remedy“ gegen das Massenwahlrecht.<sup>12</sup> Erst mit dem de facto Ende der *black vote*, also einer massiven Einschränkung der Demokratie, verschwanden diese Attacken.<sup>13</sup>

Bekannter sind die Rückschläge im Kaiserreich nach Einführung des allgemeinen und gleichen Männerwahlrechts. Die Sozialistengesetze von 1878 bis 1890 waren eine massive Attacke auf egalitäre Partizipationsrechte und Rechtsstaatlichkeit. Organisation und Aktivitäten der Sozialdemokratie, ihre Veröffentlichungen, Gewerkschaften wurden verboten, ebenso die Parteiversammlungen, die doch vielen Männern Identität und Selbstbewusstsein boten. Die Führer der Partei wurden verfolgt, eingesperrt oder aus Deutschland ausgewiesen. Viele flohen ins Ausland. Es war eine Zeit massiver Repressionen, und in den zwölf Jahren wurden insgesamt rund 1.500 Menschen verurteilt.

Die Verfolgung der Arbeiterbewegung, ihre Ausgrenzung und Verteufelung nahm in Deutschland eine besondere Schärfe an. Und doch lässt sich das Phänomen nicht angemessen analysieren, wenn es als eine deutsche Besonderheit betrachtet wird. Denn ähnlich wie bei dem internationalen Antikatholizismus ging es auch hier um die Abwehr von weltweit zu beobachtenden Inklusionsprozessen. In Belgien drehten sich Fragen des Wahlrechts stets auch darum, inwiefern dieses den Sozialismus eindämme.<sup>14</sup> Und obwohl die amerikanische Arbeiterbewegung weit weniger bedeutend war, rief sie auch dort Aversionen und Ängste hervor.<sup>15</sup> Ereignisse in den USA wie der Eisenbahnstreik von 1877 mit über 100 Toten, die *Haymarket Affair* von 1886, an deren Ende vier Arbeiterführer gehängt wurden, die Niederschlagung des Pullman-Streiks 1894 (wie Dutzender anderer Streiks) durch Bundestruppen mit Toten und Verletzten oder die Attacken auf Streikende durch

<sup>7</sup> Pavithra Suryanarayan u. Steven White: Slavery, Reconstruction, and Bureaucratic Capacity in the American South, in: *American Political Science Review* (2020), S. 1-17; Margaret Lavinia Anderson: Ein Demokratiedefizit? Das Deutsche Kaiserreich in vergleichender Perspektive, in: *Geschichte und Gesellschaft* 44/3 (2018), S. 367-397.

<sup>8</sup> „A Peculiar Meeting to Support a Dangerous Scheme“, *The Sun*, 22.10.1877; Sven Beckert: Democracy and its Discontents: Contesting Suffrage Rights in Gilded Age New York, in: *Past and Present* 2 (2002), S. 114-155, hier S. 116-147.

<sup>9</sup> Keyssar, *Right to vote*, S. 133.

<sup>10</sup> Zitiert nach Michael McGerr: *The Decline of Popular Politics. The American North, 1865-1928*. New York 1986, S. 46.

<sup>11</sup> „Limited Sovereignty in the United States“, *Atlantic Monthly* 43 (1879), 186.

<sup>12</sup> „The Indifference of the Public“, *Vancouver Independent*, 30.8.1877; „Is Universal Suffrage a Curse or a blessing?“, *Pioneer of Assumption, La.*, 30.6.1870; „Property Representation Needful“, *New York Tribune*, 26.5.1875; vgl. Keyssar (2000): *Right to vote*, 119-146.

<sup>13</sup> Hedwig Richter: Transnational Reform and Democracy. Election Reform in New York City and Berlin around 1900, in: *Journal of the Gilded Age and Progressive Era* 15 (2016), S. 149-175.

<sup>14</sup> Nohlen/Opiela, Belgien; vgl. zu den Parallelen in der europäischen Arbeiterbewegung Osterhammel, *Verwandlung*, S. 864 f.

<sup>15</sup> Croly, *Promise*, S. 128.

paramilitärische Polizeidienste – die Zahl der Opfer und das Ausmaß an Gewalt wären in Deutschland wohl kaum denkbar gewesen. Auch in Frankreich wurde anders als im Kaiserreich gerne mit viel Gewalt das Militär gegen Streikende eingesetzt, wodurch es zu Ausschreitungen und teilweise auch zu Toten kam.<sup>16</sup> – Zum zeitgenössischen Kontext gehört schließlich, dass weder in Europa noch in Nordamerika eine Arbeiterpartei vor dem Ersten Weltkrieg die Macht übernahm.

Auch sonst beförderten die Inklusionsprozesse die Exklusion. Der Antisemitismus und der Militarismus blühten auf und grundierten das Alltagsleben. Das Phänomen des „Bäder-Antisemitismus“ etwa, bei dem Angehörige der wachsenden Mittelschicht nicht von jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern in der Sommerfrische „gestört“ werden wollten, fand sich an der Ostsee ebenso wie in Florida.

Beim Konzept der Nation zeigte sich die aus Inklusionsprozessen erzeugte Exklusionskraft besonders deutlich. Denn die Idee der Nation diene durchaus als „Gleichheitsvehikel“ (Dieter Lange-wiesche): Jedermann hatte die Dignität, ein Deutscher (oder Franzose oder Italiener) zu sein, egal ob Adliger oder Bauer – später würden sogar die Frauen hinzukommen. Vermutlich lässt es sich kaum überschätzen, wie wichtig die Idee der Nation war, um die Gleichheitsidee plausibel zu machen. Nicht zufällig fiel die Zeit der Massenpolitisierung mit den Jahrzehnten des wachsenden und sich verschärfenden Nationalismus zusammen. Konzepte von Bürger, Nation, Rechtsstaatlichkeit und Gleichheit entwickelten sich Hand in Hand, und Demokratie entstand in aller Regel im nationalstaatlichen Rahmen.<sup>17</sup> Überall aber brachte der Nationalismus exklusive Aggressionen hervor und fast überall gediehen nationale Homogenitätsvorstellungen und Träume von „reinem Blut“.

Besonders deutlich zeigte sich das beim Kolonialismus. Er war Teil des „plebiszitären Imperialismus“, der mit den großen Agitationsverbänden und einflussreichen Männern die Außenpolitik oft genug vor sich hertrieb.<sup>18</sup> Die Interpretation des deutschen Kolonialismus als großangelegtes Manipulationsprojekt Bismarcks, um die Bevölkerung von innenpolitischen Problemen abzulenken, wird in der Forschung heute weitgehend abgelehnt. Tatsächlich spricht wenig für diese These, die den Eigensinn einer pluralen Bevölkerung missachtet, aber auch die Eigendynamik einer Melange aus Nationalismus, Rassismus und Globalisierung übersieht.

Der Tiefpunkt des deutschen Kolonialismus war kein Fehler im System, sondern folgerichtig: Im genozidalen Kriegszug in der Kolonie Deutsch-Südwestafrika, dem heutigen Namibia, wurden mehrere zehntausend Herero und Nama umgebracht. Rund 80 Prozent der Herero starben, über 60.000 Menschen. Dass solche Mordzüge kein Einzelfall in der Kolonialgeschichte waren, zeigt deutlich den verbrecherischen Horizont der kolonialen Welt.<sup>19</sup> Die kolonialen Frevel waren nicht zuletzt die Folge von Gesellschaften, die durch die Inklusion der Massen eine ungeheure Gewalt und Dynamik entwickelten, die sich ermächtigt fühlten, ihre Ressourcen zur Unterwerfung des Anderen und bei Bedarf zu seiner Zerstörung zu nutzen.

### Aufbrüche der Zivilgesellschaft

Und doch ist es wichtig, darauf hinzuweisen, was Christoph Nonn überzeugend dargelegt hat: Nicht der Militarismus, nicht der Antisemitismus und nicht der verschärfte Nationalismus waren das prägende Massenphänomen der Zeit; vielmehr gelte: „Die wichtigste gesellschaftliche Basisbewegung im Kaiserreich war die sozialistische“.<sup>20</sup>

<sup>16</sup> Mareike König u. Élise Julien: Verfeindung und Verflechtung. Deutschland und Frankreich 1870-1918. Darmstadt 2019, S. 93.

<sup>17</sup> Thiele, Alexander: Der gefräßige Leviathan. Tübingen 2019, S. 107 f. u. S. 290 f.

<sup>18</sup> Herbert: Geschichte Deutschlands, S. 93.

<sup>19</sup> Eckert, Andreas: Namibia – Ein deutscher Sonderweg in Afrika?

<sup>20</sup> Christoph Nonn, 12 Tage und ein halbes Jahrhundert. Eine Geschichte des Deutschen Kaiserreichs 1871-1918. München 2020, S. 403.

Sie bettete sich in eine breitere Akzeptanz der Massengesellschaft. Seit den 1890er Jahren zeichnete sich immer klarer „ein historisches Gesetz der Demokratisierung der Staatsformen“ ab, wie selbst der dezidierte Monarchist Treitschke 1898 einräumte.<sup>21</sup> „Die Masse regiert, nicht, weil sie weise ist, sondern weil sie Macht ist“, erklärte beispielhaft Hans Delbrück 1914.<sup>22</sup> Um 1900 hatte sich diese Idee auch in den USA weitgehend durchgesetzt, gegen die antidemokratischen Tendenzen nach der Einführung der „black vote“ – wobei nun die Schwarzen wieder selbstverständlich exkludiert waren.<sup>23</sup>

Woher aber kam das neue Selbstbewusstsein der vielen? Seit der Sattelzeit um 1800 nahm die Anzahl der Menschen so schnell zu wie nie zuvor.<sup>24</sup> Im Kaiserreich wuchs die Bevölkerung von 41 Millionen im Jahr 1871 auf 68 Millionen bis 1914.<sup>25</sup> Doch was ermächtigte diese Millionen? Die vielfach entrechteten Unterschichten früherer Jahrhunderte waren ebenfalls Masse und Mehrheit gewesen. Offenbar gewannen im 19. Jahrhundert die Versprechen der Aufklärung und der Französischen Revolution an Plausibilität und Überzeugungskraft. „Alle bisherigen Bewegungen waren Bewegungen von Minoritäten oder im Interesse von Minoritäten“, hatten Marx und Engels in ihrem Kommunistischen Manifest 1848 bemerkt. „Die proletarische Bewegung ist die selbständige Bewegung der ungeheuren Mehrzahl im Interesse der ungeheuren Mehrzahl.“<sup>26</sup> Um 1900 entstanden Theorien von den „Massen“, die mal als Bedrohung, mal als Chance, aber in jedem Fall als ein maßgeblicher Faktor der Zeit wahrgenommen wurden.<sup>27</sup>

Entscheidend war zweifellos die Kraft der Industrialisierung. Sie nahm die vielen Männer in ihren Dienst, beutete sie aus – und trug dazu bei, dass sie durch die Sozialdemokratie in die Politik katapultiert wurden. Der unterdrückte Mann, der die Drecksarbeit erledigte, wurde zum politischen Akteur. Auch wenn viele Faktoren eine Rolle spielten und sich einander beeinflussten, so lässt sich doch sagen: So wie die Plausibilisierung des Gleichheitsgedankens nicht ohne Nation möglich gewesen wäre, so hätte die Massenpolitisierung wohl nicht ohne den Kapitalismus stattfinden können. Er stellte vor allem auch die Wohlstands-Ressourcen zur Verfügung, die für die Inklusion und für eine Massengesellschaft notwendig waren: Geld für den Zeitungsmarkt, für Verkehrsinfrastruktur, für Massenkonsum – und vor allem auch für einen Anstieg der Reallöhne um 1900, der allmählich ein Leben in Würde für alle und die Partizipation der Massen im politischen Alltag ermöglichte.

Die ersten großen, erfolgreichen Organisationsbemühungen der Arbeiter waren in den 1860er Jahren erfolgt. Knapp 80.000 Arbeiter waren dann bei der Reichsgründung gewerkschaftlich organisiert, und im ersten Reichstag saßen zwei sozialistische Abgeordnete. Aus der Zeit der Sozialistengesetze ging die deutsche Sozialdemokratie gestärkt hervor. Ihr Ende im Jahr 1890 empfanden die sozialdemokratischen Männer und Frauen als ungeheuren Sieg, den sie sich selbst zuschrieben. Die Erinnerung an die Verfolgung gerann zum einigenden Heldenmythos von Unterdrückung, Kampf und Triumph. Die Sozialdemokratie gewann zunehmend bei den Reichstagswahlen, und die sozialistischen Gewerkschaften zählten nun 300.000 Mitglieder. 1912 stellte die Sozialdemokratie bei den letzten Reichstagswahlen schließlich die stärkste Partei mit 27 Prozent der Parlamentssitze (bei knapp 35 Prozent der Wählerstimmen).<sup>28</sup>

<sup>21</sup> Zitiert nach Meier u. a., Demokratie, S. 893; ganz ähnlich auch der Jenaer Literaturnobelpreisträger Rudolf Eucken, Grundbegriffe, S. 313 f.

<sup>22</sup> Hans Delbrück: Regierung und Volkswille. Eine akademische Vorlesung, Berlin 1914.

<sup>23</sup> Llanque, Marcus: Tammany Hall, die Macht über die Wahlen und die Wende zur realistischen Demokratietheorie, in: Richter/Buchstein (Hg.), Kultur und Praxis der Wahlen, S. 141-160.

<sup>24</sup> Roser, Max u. a.: World Population Growth, 2019, URL: <https://ourworldindata.org/world-population-growth> (22.5.2020).

<sup>25</sup> Althammer, Bismarckreich, S. 130; Freytag, Kaiserreich, S. 13.

<sup>26</sup> Marx, Karl u. Engels, Friedrich: Manifest der Kommunistischen Partei (1848), Stuttgart 2011.

<sup>27</sup> Vgl. den Überblick bei Middendorf, Stefanie: „Masse“, Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 5.11.2013, URL: <http://docupedia.de/zg/Masse?oldid=125859> (25.9.2020).

<sup>28</sup> Althammer, Bismarckreich, S. 140-147; Bild des Banners auf LEMO, Deutsches Historisches Museum, URL: <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/kaiserreich/innenpolitik/sozialistische-arbeiterpartei-deutschlands-sap.html>.

Angesichts der wachsenden Macht der zutiefst maskulin geprägten Arbeiterbewegung<sup>29</sup> wird die eher schleichende Ermächtigung der Frauen häufig übersehen. In Deutschland standen besonders viele Frauen in Lohnarbeit. Nach einer zeitgenössischen Erhebung war die Hälfte aller erwachsenen Frauen berufstätig.<sup>30</sup> Auch wenn der Lohn der Frauen wesentlich niedriger lag als bei den Männern, trug der eigene Verdienst doch zu einer Ermächtigung auch der Frauen bei.

Die Sozialdemokratie beförderte ganz wesentlich den Aufbruch der Frauen, der die Gesellschaft ebenfalls grundstürzend verändern würde – und in seiner Bedeutung wohl der Sozialdemokratie gleichgestellt werden muss. 1891 nahm die Sozialdemokratie als erste Partei in Deutschland die Forderung nach dem Frauenwahlrecht in ihr Programm auf. Am 13. Februar 1895 diskutierte der Reichstag erstmals das Thema. Der Sozialist August Bebel, einer der vielen glänzenden Parlamentsredner, verkündete: „Wir verlangen, daß das Wahlrecht auch auf die Frauen ausgedehnt wird. Und da ist natürlich seitens unserer Gegner erst recht Holland in Nöthen. ‚Das ist ja ungeheuerlich, das ist verrückt‘ – hat man mir gesagt“, und dann bricht sich der ganze sozialdemokratisch-aufklärerische Optimismus Bahn: „Ist aber eine Forderung vernünftig, ist sie gerecht, ist sie natürlich, dann kann man auch sicher darauf rechnen, daß sie schließlich zum Durchbruch, zur Verwirklichung kommen wird.“<sup>31</sup>

Die Gleichberechtigung der Frauen trat allmählich in den Horizont des Denkbaren. Dergleichen war nicht die Mehrheitsmeinung, aber es riss neue Horizonte auf. In der öffentlichen Meinung, in der Presse oder in Gesetzestexten, galten viele Anliegen der Frauenbewegungen zunehmend als akzeptiert.<sup>32</sup> 1904 wurde in Berlin der erste internationale Verein für das Frauenstimmrecht gegründet. Viele deutsche Frauenrechtlerinnen hatten den Eindruck, dass England und die USA weiter waren. Doch im Großen und Ganzen verliefen auch diese Entwicklungen international und transnational. Die Reformzeit belebte seit etwa den 1880er Jahren die Frauenbewegung – in den USA, in Deutschland und weltweit: Überall brachen die Frauen auf. Die Feministinnen Nabawiyya Musa und Malak Hifni Nasif etwa kämpften in Ägypten für bessere Bildungschancen und das Stimmrecht der Frauen.<sup>33</sup>

Der Rückschlag gestaltete sich entsprechend stark. „Die Verweigerung der Völker bedeutet den Untergang der Staaten“, hieß es 1914 in einem Aufruf des Bundes gegen die Frauenemanzipation.<sup>34</sup> Die Misogynie blühte auf. In Großbritannien waren Karikaturen beliebt, in denen Frauenrechtlerinnen als frustrierte, Männer hassende und ihre Kinder vernachlässigende Fratzen dargestellt wurden. Der Harvard-Professor Edward Clarke erklärte 1884, das Studium führe bei Frauen zu einem vergrößerten Hirn, während die Gebärmutter verkümmere. In vielfältigen Varianten brachten Clarkes Kollegen rings um den Globus den weiblichen Geist, vor allem aber den weiblichen Körper als Argument gegen die Gleichheit der Frauen in Anschlag.<sup>35</sup>

Bemerkenswert ist, dass sich ein Großteil der politisch aktiven Frauen sozial engagierte. Oft wird dieses Engagement als weniger relevant abgetan: Die Frauen hätten sich nur in der Armenhilfe engagiert, nur in wohltätigen Kränzlein, nur in frauentypischen Bereichen, von wahrer Emanzipation könne man erst reden, wenn Frauen auch typisch männliche Felder besetzten wie die Fiskal- oder Wirtschaftspolitik. Gewiss ist Letzteres wünschenswert, doch die Verächtlichmachung erweist sich als eine der vielen Strategien, Frauen unsichtbar zu machen. Iris Marion Young hat darauf

<sup>29</sup> Vgl. zur frühen Arbeiterbewegung Welskopp, *Banner der Brüderlichkeit*, S. 482-485.

<sup>30</sup> Die Zahlen bei Zimmern, *Alice: Women's Suffrage In Many Lands*. London 1909, S. 79 f.

<sup>31</sup> Redebeitrag Bebel, *Stenographische Berichte Reichstag*, 13.2.1895, S. 856.

<sup>32</sup> Vgl. etwa Entwurf eines Vereinsgesetzes, 22.11.1907, *Verhandlungen des Reichstags*, *Verhandlungen des Reichstages*, Bd. 243, 1908; Bebel, *August: Die Frau und der Sozialismus*, (50. Aufl., 1909), S. 36; vgl. zur breiteren Einbettung Schaser, *Angelika: Frauen als Wählerinnen*, in: Linnemann, Dorothee (Hg.): *Damenwahl! 100 Jahre Frauenwahlrecht*. Begleitbuch zur Ausstellung. Frankfurt a. M. 2018, S. 154-157.

<sup>33</sup> Badran, Margot: *Competing Agenda: feminists, Islam, and the state in 19th- and 20th-century Egypt*, in: Smith, Bonnie G.: *Global Feminisms*. London/New York 2000, S. 13-44, hier S. 16-19.

<sup>34</sup> *Deutscher Bund gegen die Frauenemanzipation: Aufruf, Anklam, 1914*, URL: [http://www.deutschestextarchiv.de/book/view/nn\\_frauenemanzipation\\_1914/?hl=Verweigerung&p=3](http://www.deutschestextarchiv.de/book/view/nn_frauenemanzipation_1914/?hl=Verweigerung&p=3) (22.8.20).

<sup>35</sup> Clarke, Edward H.: *Sex in education; or, A Fair Chance for the Girls*. Boston 1884.

hingewiesen, wie wichtig zivilgesellschaftliches und soziales Engagement sowohl für den Feminismus als auch für Demokratie ist.<sup>36</sup> Gerade auch sozialistische Frauen engagierten sich im sozialen Bereich. Die Historikerin Paula Baker spricht von der „Domestication of Politics“, die von den Frauen im 19. Jahrhundert betrieben worden sei: Sie politisierten zunehmend jene Bereiche, die als typisch weiblich galten: Erziehung, Soziales, Hygiene, Gesundheit etc. – und brachten sich damit selbst in die Politik ein.<sup>37</sup> Frauen wie die Sozialistin Marie Juchacz oder Liberale wie Alice Salomon trugen wesentlich zum Aufbau eines Sozialstaates bei und wurden auch dadurch zu Müttern der Demokratie – und finden bis heute kaum Beachtung.

Wichtig für die Einordnung der Reformzeit ist, dass sich die Aufbrüche keineswegs schlicht als ein Kampf gegen einen monolithischen Staat interpretieren lassen. Reformerrinnen und Reformer waren eine vielfältige Akteursgruppe, die sich wandelte, widersprach, weiterentwickelte, in allen politischen Richtungen zuhause war. Selbst die Sozialdemokratie war sich uneins, ob nicht innerhalb des Rechtsstaats mehr zu erreichen war als mit Revolution, und neigte sich immer stärker dem Reformismus zu. Für die Frauenrechtlerinnen galt ohnehin, dass sie von wenigen Ausnahmen abgesehen, reformerisch agierten. Dawn Teele, die eine international vergleichende Studie zur Einführung des Frauenwahlrechts vorgelegt hat, verweist darauf, dass Revolution innerhalb eines Rechtsstaates nicht sinnvoll war – und dass deswegen der Kampf Frauen oft übersehen wird und sie auch daher aus der Demokratiegeschichte verschwunden sind.<sup>38</sup> Ein erbitterter Obrigkeits-Kritiker wie Max Weber war selbstverständlich loyal gegenüber dem Staat. Dass Deutschland zur „Zivilisation“ gehörte, wie man Vorstellungen vom „Westen“ damals weltweit nannte, stand weithin außer Frage. Zivilisation bedeutete in der Zeit Rechtsstaat, Freiheit und starke Partizipationsrechte. Die Empörung und das Erstaunen waren daher durch alle Schichten hinweg groß, als die Entente 1917 den Krieg zu einer Frage von Demokratie und Zivilisation stilisierte.<sup>39</sup>

Die Welt im Kaiserreich pluralisierte sich, war Teil der sogenannten ersten Globalisierung, die strenge Zensur lockerte sich und passte sich in den 1890er Jahren den Standards westlicher Nachbarn an, die Presse opponierte zunehmend gegen die Autorität. In Berlin wurde 1897 die weltweit erste Organisation für Schwulenrechte gegründet – um nur eines von vielen weiteren Beispielen des Aufbruchs zu nennen. Armut wurde zum Skandal und wurde von einer aufblühenden Zivilgesellschaft ebenso wie vom Staat bekämpft. Dass Deutschland zum weltweit bewunderten Sozialstaat wurde – einer zentralen Voraussetzung für Inklusion und Massenpartizipation – zeigt die Vielschichtigkeit der Zeit: soziale Reformen wie Bismarcks Sozialversicherungen wurden zur Bekämpfung der Sozialdemokratie eingesetzt, doch diese wurde immer schlagkräftiger, und als starke Opposition forderte sie zu weiteren Reformen heraus. Sie trug entscheidend zur Zähmung des Kapitalismus bei: der Senkung der Arbeitszeit, dem Anstieg der Löhne oder dem Arbeitsschutz. Inklusion und Exklusion gingen auch hier Hand in Hand. Zuletzt wurde bezeichnenderweise der Reformflügel in der Sozialdemokratie immer stärker. Es ist erstaunlich, wie zuversichtlich sich die Sozialdemokratie seit der Jahrhundertwende präsentierte. „[U]nsere Sache hat große Fortschritte zu verzeichnen in Deutschland wie in allen übrigen Kulturländern,“ hieß es 1899 im Vorwärts.<sup>40</sup>

---

<sup>36</sup> Linda Zerilli: *Feminist Theory and the Canon of Political Thought*, in: John S. Dryzek u. a. (Hg.): *Political Theory. The Oxford Handbook*, S. 106-124, hier S. 115.

<sup>37</sup> Paula Baker: *The Domestication of Politics: Women and American Political Society, 1780-1920*, in: *AHR* 89/3 (1984), 620-647.

<sup>38</sup> Dawn L. Teele: *Forging the Franchise. The Political Origins of the Women's Vote*. Princeton 2018.

<sup>39</sup> Llanque, Marcus: *Demokratisches Denken im Krieg: die deutsche Debatte im Ersten Weltkrieg*, Berlin 2000.

<sup>40</sup> „Deutschland an der Jahreswende“, 1. Beilage des „Vorwärts“, 31.12.1899.